

# DIE LINKE.

## Fraktion im Kreistag der Wetterau

Wetteraukreis: Wohnungsbaugesellschaft wird unverantwortlich verzögert

### Geruhssame Beschaulichkeit

Die Zeichen stehen auf Sturm: Es herrscht Wohnungsnot bei bezahlbarem Wohnraum. Der Markt regelt nichts! Durch die hohe Nachfrage geraten Vermieter in Goldgräberstimmung und verlangen selbst für miese Bruchbuden teure Mieten. Oft ist gar keine bezahlbare Wohnung zu finden. Doch der Wetteraukreis verzögert den Start der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Das ist unverantwortlich!

*Bitte weiterlesen auf Seite 5*

Energiepreise und Öffentlicher Nahverkehr

### Sparen hilft nicht

Sparen Sie Energie? Sicher, denn die Preise sind hoch. Und die Jahresendabrechnungen forderten von vielen Haushalten happige Nachzahlungen. Auch die Fahrpreise im ÖPNV sind gestiegen. Für das arme Viertel der Bevölkerung wurden Mobilität und Heizung zum Luxusgut.

Die Teuerungsrate (Inflation) lag im Februar 2023

bei 8,7 Prozent. Das heißt, alles wird teurer. Die Preise für Lebensmittel und Energie erhöhen sich weiter. Leider steigen die Löhne nicht mit. Sparen schützt in einer solchen Situation nicht vor

*Lesen Sie weiter auf Seite 2*

**Immer noch kein Aktionsplan „Inklusion“**

*Seite 4*

April/Mai 2023

Seite 7

**Radikal sozial!**

**Die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken für den Wahlherbst 2023**

Am 8. Oktober finden in Hessen Landtagswahlen statt. Am selben Tag wird in der Wetterau ein neuer Landrat gewählt ...oder eine Landrätin?!

In Friedberg wird am 24. September der Bürgermeister gewählt ...oder eine Bürgermeisterin?!



**Erst Panzer, dann Kampfjets, dann deutsche Soldaten? Oder gar Phosphor-Brandbomben und Streumunition?**

Ist das Ukraine-Solidarität?

## In Hessen sind 18,5 Prozent der Menschen arm

Ein Viertel der hessischen Bevölkerung ist arm oder von Armut bedroht. Deutschlandweit beträgt die Armutsquote 16,9 Prozent.

In Zahlen bedeutet das: 14,1 Millionen Menschen sind arm. Wäre es da nicht langsam mal an der Zeit, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu ergreifen? Möglichkeiten sind höhere Löhne, Beschäftigungsprogramme und eine Stärkung des Öffentlichen Sektors.

## Die Inflation trifft auch Wohlhabende

Bleibe es weiter bei dieser Inflationsrate, dann wäre die heutige Kaufkraft von 100.000 Euro in rund acht Jahren halbiert. Inflation entwertet Geldvermögen, vor allem das typische Ersparnis auf Konten und im Strumpf. Allein die Hyperreichen sind die Gewinner der Inflation.

Fortsetzung von Seite 1

## Energiepreise und Öffentlicher Nahverkehr

# Sparen hilft nicht

sinkendem Lebensstandard oder Geldsorgen und Schulden. Wer zuvor schon wenig verdiente und von Armut bedroht war, rutscht jetzt unter das Existenzminimum.

Da helfen auch die staatlichen Entlastungen – wie die 200 Euro »Energiepauschale« oder 50 Euro mehr für Sozialleistungen nicht wirklich.

Und noch etwas ist festzustellen: Es ist der Staat, der für den heftigen Inflationsschub verantwortlich ist.

Ein Wirtschaftskrieg gegen Russland (und womöglich bald gegen China) hat seinen Preis. Und dieser Preis bedeutet nicht bloß „sparen“, sondern eine deutliche Senkung des gesellschaftlichen Wohlstands.

# Soziale Preise für Energie und ÖPNV

**DIE LINKE.** Kreistagsfraktion beantragte für den **Kreishaushalt 2023 Sozialtarife für Strom und den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV).** Da die **OVAG** und die **vgo Beteiligungsgesellschaften des Wetteraukreises** sind, wäre der **politische Wille entscheidend.** Doch dazu konnten sich die anderen Parteien nicht durchbringen.

Wir haben den Antrag schon mehrfach gestellt, denn Sozialtarife für Strom und Mobilität würden Menschen mit geringem Einkommen deutlich entlasten. Damit würde ein entscheidender Beitrag zur Teilhabe und Armutsminderung geleistet.

Im April 2019 recherchierte

der Kreisausschuss, wieviel Geld dafür nötig wäre. Ergebnis: Sozialtarife würden maximal 3 Millionen € kosten. Bei einem Haushaltsvolumen von über 500 Millionen € wäre das leistbar. Und es wird wahrlich viel Geld für weniger wichtige Dinge ausgegeben.

**Folge 22:**

# **flopcenter**

## **Jobcenter: „Lasst uns bloß in Ruhe!“**

**Wer beim Jobcenter Friedberg ein Problem mit seiner Sachbearbeiterin lösen möchte, steht vor einer zusätzlichen Hürde: Man wird nicht mehr vorgelassen. Auf dem kurzen Dienstweg geht nichts mehr und auch einen Dolmetscher soll man zukünftig selbst mitbringen.**

Das Jobcenter bezeichnet Hilfesuchende als „Kunden“. Wie verlogen das ist, zeigt sich am Umgang mit den Menschen.

Nicht nur, dass Berge von Unterlagen verlangt werden

- oft doppelt und dreifach - und dass die Bearbeitung von Anträgen häufig sehr lange dauert. Jetzt können die „Kunden“ ihre Angelegenheiten nur noch nach einer zeitraubenden schrift-

lichen Terminanfrage besprechen. Der direkte Kontakt zu den Mitarbeiter:innen ist nicht mehr möglich. In der Corona-Zeit war das verständlich. Aber jetzt gibt es keinen Grund mehr, eine Vorsprache zu verhindern. Sollten die Mitarbeiter:innen überlastet sein, könnten feste Sprechtage eingeführt werden.

Bisher gab es die Möglichkeit, einen Dolmetscher zuzuschalten. Auch das fällt weg. Die „Kunden“ sollen selbst für Dolmetscher sorgen. Sollen die Kosten auf die Hilfesuchenden abgewälzt werden?

## **Kindergrundsicherung oder Hochrüstung?**

Wenn 25 Prozent der Kinder in Deutschland arm sind, kann das nicht ignoriert werden! Aber die Bundesregierung setzt die versprochene Kindergrundsicherung nicht um. DIE LINKE. kritisiert: „Für die Kindergrundsicherung ist kein Geld da, aber 100 Milliarden für Hochrüstung werden bereitgestellt? Für wen macht diese Regierung eigentlich Politik?“



# Immer noch kein Aktionsplan Inklusion

Im Oktober 2019 hat eine Expertengruppe einen „Aktionsplan Inklusion“ vorgelegt. Im Oktober 2020 sollte er eigentlich im Kreistag beschlossen werden. Doch stattdessen verschwand er in der Versenkung...

Die linke Fraktion im Kreistag hat wegen des Aktionsplans bereits öfter nachgehakt. Zuletzt im März. Da stellte DIE LINKE. den Antrag, eine Stelle für eine:n Inklusionsbeauftragte:n zu schaffen. Denn offensichtlich braucht die Kreisspitze ja Hilfe bei der Inklusion!

Oder warum wird die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Wetterau nicht endlich umgesetzt?

Unser Antrag wurde abgelehnt. Wie schon mehrmals zuvor, zeigte die Mehrheit im Kreistag kein Interesse. Wir bleiben dran.

**Auch hier ist der Wetteraukreis gleichgültig:**

## Schülerverkehr

**Elternbeiräte im Ostkreis haben wiederholt darauf hingewiesen, dass es erhebliche Probleme bei der Schülerbeförderung gibt. Der Wetteraukreis und die VGO sehen keinen Handlungsbedarf.**

Eltern und Schüler:innen organisierten eine Befragung und im Ergebnis wurden folgende Probleme benannt: Fahrpläne werden nicht eingehalten, doch es wird nicht darüber informiert. Die Busse sind überfüllt. Busfahrer nehmen Kinder nicht mit. Die Busaufsichten sind nicht im-

mer präsent oder greifen bei Schwierigkeiten nicht ein.

Die Verkehrsgesellschaft Oberhessen bestreitet, dass diese Probleme dauerhaft vorkommen. Es seien Einzelfälle und man sei stets bemüht Lösungen zu finden. Die Eltern fühlen sich nicht ernst genommen.

### **Gegen die Sündenbock-Politik des Landrats!**

In der Presse stellt Landrat Weckler Migranten und Geflüchtete als Bedrohung dar. Er sieht sie als Verursacher von Problemen und will deshalb einen Flüchtlingsstopp erreichen. Doch statt die Zuwanderung als Bedrohung zu beschreiben, sollte endlich zur Kenntnis genommen werden: Um den Mangel an Arbeitskräften in den Griff zu bekommen, bräuchte es deutlich mehr Migration und deutlich mehr Anstrengungen zur beruflichen Eingliederung. Das sagt das Institut der deutschen Wirtschaft, das sagen alle Unternehmerverbände. Eine Zuwanderung von 400.000 bis 500.000 Menschen ist nötig – und das nicht einmalig, sondern jedes Jahr. Die meisten Personen wandern im Alter zwischen 18 und 35 Jahren ein und diese Zuwanderung trägt bereits nennenswert zur Senkung des Fachkräftemangels bei.

**Wetteraukreis: Wohnungsbaugesellschaft wird unverantwortlich verzögert**

# Geruhsame Beschaulichkeit

2019 - vor der Kommunalwahl 2021 - beschloss eine Mehrheit im Kreistag endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft.

**War das nur  
Wahlkampfaktik  
von SPD und CDU?**

Diese Frage stellt sich. Denn noch immer steht die WoBau nur auf dem Papier. Die Linke Kreistagsfraktion kritisierte diese Verzögerungstaktik erneut in der Debatte zum Haushalt 2023. Gabi Faulhaber sagte: „Bei der WoBau zeigt der Haushalt eine Leerstelle. Sie denken gar nicht daran, die WoBau finanziell arbeitsfähig auszustatten! Sie betreiben die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses mit geruhamer Beschaulichkeit. Man könnte aber auch sagen: Sie sind völlig desinteressiert!“

DIE LINKE beantragte, dass in den Haushalt 21 Millionen Euro eingestellt wer-

den sollen, um die Stammeinlage der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft aufzustocken und damit die nötigen Startbedingungen für eine erfolgreiche Arbeit zu schaffen.

Das ist viel Geld. Doch weitere Ignoranz und Untätigkeit in der Wohnungsfrage schafft zukünftig riesige soziale Probleme.

**Für eine kreiseigene  
Wohnungsbörse**

Außerdem beantragte DIE LINKE, dass auf Kreisebene eine Wohnungsbörse aufgebaut und betrieben werden soll.

Für ukrainische Geflüchtete gibt es so eine Wohnungsbörse. Das ist eine gute Idee. Aber die Wohnungsnot im unteren Preissegment betrifft nicht nur ukrainische Geflüchtete, sondern auch Menschen mit geringem Einkommen, sowie Geflüchtete aus anderen Krisen- und Kriegsgebieten.



**Erst Panzer, dann Kampffjets, dann deutsche Soldaten? Oder sogar geächtete Waffen, wie Phosphor-Brandbomben und Streumunition?**

# Ist das Solidarität mit der Ukraine?













Deutschland ist inzwischen Kriegspartei. Nicht, weil uns die deutsche Außenministerin im Krieg mit Russland sieht, sondern weil die Bundesregierung inzwischen Angriffswaffen und Munition an die Ukraine liefert. Ukrainische Soldaten werden in Deutschland an diesen Waffen ausgebildet. Sehr wahrscheinlich werden bald auch Kampffjets geliefert. Die Ukraine fordert seit Anfang des Jahres

Langstreckenraketen und U-Boote. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar verlangte der Regierungsvize Kubrakov sogar Phosphor-Brandbomben und Streumunition. Das sind international geächtete Waffen. Dieses Ansinnen wurde zum Glück abgelehnt. Aber auch Langstreckenraketen sind indiskutabel: Sie erhöhen die Gefahr, dass sich der Krieg zum Weltkrieg ausweitet.

**Mit Waffen schafft man Friedhöfe aber niemals Frieden!**

Selbst Militärs fordern inzwischen Friedensverhandlungen. Der Tagesspiegel schrieb bereits am 10. 11. 2022: „Fast 250.000 Tote im Ukraine-Krieg.“ Die Zeitung berief sich auf den US-General Mark Milley. **Immer mehr Waffen zu liefern und immer mehr Tote in Kauf zu nehmen, ist keine Solidarität!**

Verteidigungshaushalt (EP14) im Jahr 2022: insgesamt: 50,3 Milliarden Euro (2021 waren es noch 46,93 Milliarden), „Sonderhaushalt“ für die Bundeswehr: 100 Milliarden Euro, in den nächsten Jahren auszugeben.			
	<b>Geplanter Kauf von 35 atombombenfähigen F-35-Kampfflugzeugen (Tarnkappenjet):</b> Mindestens ca. 100 Millionen pro Jet- oder 8,5 Milliarden insg. für Beschaffung und Ausrüstung	<b>3,7 Milliarden Euro = ...</b> fehlen den Krankenhäusern jedes Jahr für dringende Investitionen.	
	<b>Kosten für einen EUROFIGHTER:</b> 145 Millionen Euro 15 Eurofighter will die Bundesregierung bestellen	<b>Jährliche Ausgabe für den Zivilen Friedensdienst:</b> 55 Millionen Euro. Das heißt, mit den Kosten für 15 Eurofighter (2,175 Milliarden) könnte der <b>Zivile Friedensdienst für fast 40 Jahre</b> finanziert werden.	
	<b>Eine Flugstunde des Kampffjets EUROFIGHTER:</b> 67.852 Euro CO2-Ausstoß pro Flugstunde: 11 Tonnen!	<b>Der Bau einer Sozialwohnung:</b> Die Herstellungskosten für den Geschosßwohnungsneubau liegt im Schnitt bei ca. 2 650 €/m². Eine Wohnung von 50 m² würde somit 132.500 Euro kosten, also zwei Flugstunden.	
	<b>Kosten für das deutsch-französisch-spanische Luftwaffenprojekt (FCAS) bis 2050:</b> 500 Milliarden Euro. Auch die Entwicklung des FCAS soll aus dem Sondervermögen kommen	<b>Mit zusätzlichen Ausgaben den Welthunger beenden bis 2030:</b> 221 Milliarden Euro pro Jahr	
	<b>Insgesamt sollen für den Bereich „Luft“ aus dem Sondervermögen Anschaffungen und Entwicklungen im Wert von 40,9 Milliarden Euro finanziert werden.</b>	Aufgrund der Folgen des Kriegs gegen die Ukraine <b>plant der Bund für 2022 rund 40 Milliarden zusätzliche Schulden ein.</b>	

## Die Kandidat:innen der Linken für den Wahlherbst 2023:

### Landratswahl am 8. Oktober 2023



**Gabi Faulhaber** ist das Gegenprogramm zu einer Kreispolitik, die wichtige

soziale Aufgaben ignoriert. Für sie steht bezahlbarer Wohnraum an erster Stelle. Wenn ein Viertel der Bevölkerung arm ist, muss eine Landrätin Sozialpolitik zur Chefsache machen.

### Bürgermeisterwahl in Friedberg

Am 24. September steht mit **Anja Eifectali** eine soziale Bürgermeisterkandidatin zur Wahl. Seit 10 Jahren hilft



sie Menschen in der Sozialsprechstunde des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe.“ Sie kennt die Probleme in Friedberg genau.

### Landtagswahl in Hessen

Gegen  
schwarz  
schwarz  
hilft nur  
rot!

Julian Eder, Gabi Faulhaber und Fatma Demirkol treten für DIE LINKE. in den Wetterauer Wahlkreisen 25, 26 und 27 zur Landtagswahl an.



**Radikal  
sozial.**

**Landtagswahl am 8. Oktober 2023  
Das sind unsere Kandidat:innen**

Julian Eder ist Auszubildender zum Facharbeiter für Abwassertechnik. Gabi Faulhaber arbeitete als Förder-schullehrerin und ist nun in Rente. Fatma Demirkol ist als Bürofachkraft tätig.

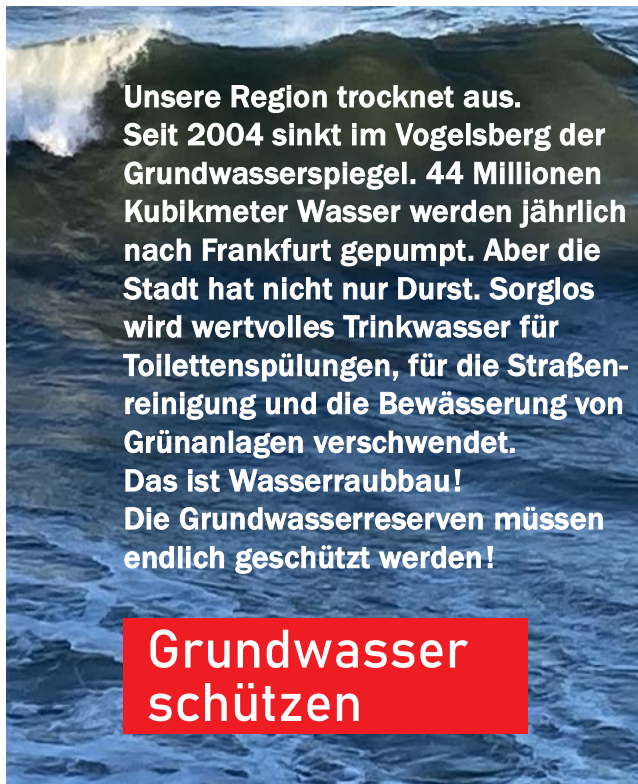
## Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagas-  
se 26, Friedberg, (Foto)  
können Sie jeden Montag  
von 14 bis 16 Uhr und je-  
den Donnerstag von 16 bis  
18 Uhr mit der Fraktion der  
Linken im Kreistag spre-  
chen.



Wenn Sie Probleme mit  
dem Jobcenter oder So-  
zialamt haben, steht Ihnen  
die „**Linke Hartz4-Hilfe**  
**Wetterau**“ ebenfalls mon-  
tags von 14 bis 16 Uhr und  
donnerstags von 16 bis 18  
Uhr mit Rat und Tat zur  
Seite (werktags).  
Mail: Linke-Hartz4-Hilfe-  
Wetterau@web.de  
Telefon: 06031 1695707 (AB)



Unsere Region trocknet aus.  
Seit 2004 sinkt im Vogelsberg der  
Grundwasserspiegel. 44 Millionen  
Kubikmeter Wasser werden jährlich  
nach Frankfurt gepumpt. Aber die  
Stadt hat nicht nur Durst. Sorglos  
wird wertvolles Trinkwasser für  
Toilettenspülungen, für die Straßen-  
reinigung und die Bewässerung von  
Grünanlagen verschwendet.  
**Das ist Wasserraubbau!**  
**Die Grundwasserreserven müssen**  
**endlich geschützt werden!**

**Grundwasser  
schützen**

.....

• So erreichen Sie **DIE LINKE.** •

• Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi •  
• Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, www.die-linke- •  
• wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de •

• O Ich möchte Informationen über DIE LINKE. •  
• Mich interessiert besonders das Thema: •  
• \_\_\_\_\_ •

• O Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden. •  
• Name: \_\_\_\_\_ •  
• Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ •  
• Beruf: \_\_\_\_\_ •  
• Anschrift: \_\_\_\_\_ •  
• Telefon: \_\_\_\_\_ •  
• e-mail: \_\_\_\_\_ •

.....